

Inhaltsverzeichnis

Erster Teil: Einführung	17
A. Einleitung	17
B. Gang der Untersuchung	20
Zweiter Teil: Grundlagen der Netzstruktur im Zusammenhang mit der Notwendigkeit des Netzausbaus	23
A. Strukturmerkmale leitungsgebundener Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland	23
I. Historische Entwicklung elektrischer Energie	23
II. Technische Merkmale der Elektrizitätsversorgung	24
1. Leitungsgebundenheit	24
a) Übertragungsnetz	25
b) Verteilernetz	26
c) Verbundnetz	26
2. Folge der Leitungsgebundenheit	27
3. Der Mangel an Speicherbarkeit von elektrischem Strom	28
III. Wirtschaftliche Struktur leitungsgebundener Energieversorgung	29
1. Verbundunternehmen/Übertragungsnetzbetreiber	30
2. Regionalunternehmen	30
3. Örtliche Versorgungsunternehmen	31
B. Notwendigkeit des Netzausbaus	31
I. Ausbau Erneuerbare Energien im Strombereich	32
II. Verordnung zur Regelung des Netzanschlusses von Anlagen zur Erzeugung von elektrischer Energie	35
III. Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz	36
IV. Gewährleistung der Versorgungssicherheit	36
V. Bedeutsamkeit der Konkretisierung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit	37
C. Netzausbauverpflichtung	37
I. Gesetzliche Regelungen der Ausbauverpflichtung des Stromnetzes	37
II. Begriffsklärung Netzausbau	38
III. Adressat der Netzausbauverpflichtung	39
IV. Verhältnis energiewirtschaftlicher Regelungen zueinander	40

Dritter Teil:	Die Grundrechte als Grenze der Netzausbauverpflichtung	43
A.	Die Netzausbauverpflichtung in Zusammenhang mit dem Grundrecht aus Art. 12 Abs. 1, 14 und 2 GG	43
I.	Die Netzausbauverpflichtung gemessen an Art. 12 Abs. 1 GG	43
	1. Schutzbereich von Art. 12 Abs. 1 GG	43
	2. Eingriff in das Grundrecht des Netzbetreibers aus Art. 12 Abs. 1 GG	45
	3. Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs	45
	4. Prüfungsmaßstab der Verhältnismäßigkeit der Maßnahme	47
	a) Legitimer Zweck	47
	(aa) Versorgungssicherheit der Energieversorgung	47
	(bb) Klimaschutz	48
	b) Geeignetheit der Verpflichtung zum Netzausbau für die Erreichung der gesetzten Ziele	49
	c) Erforderlichkeit der Berufsausübungsregelung	50
	d) Verhältnismäßigkeit der Maßnahme im engeren Sinne	51
	(aa) Versorgungssicherheit und Klimaschutz auf Seiten der Allgemeinheit	51
	(bb) Besondere Rechtfertigung aufgrund Indienstnahme Privater, Belastungshöhe und des begrenzenden Kriteriums der wirtschaftlichen Zumutbarkeit auf Netzbetreiberseite	52
II.	Verletzung der Eigentumsfreiheit nach Art. 14 GG	54
III.	Art. 2 GG im Verhältnis zu Art. 12 Abs.1 GG	55
B.	Die wirtschaftliche Zumutbarkeit als maßgebendes Kriterium der Rechtfertigung des Grundrechtseingriffs	56
Vierter Teil:	Das Begriffspaar der wirtschaftlichen Zumutbarkeit	57
A.	Die abstrakte Klärung des Begriffs »Zumutbarkeit«	57
I.	Begriffsursprung	58
II.	Unterscheidung von Zumutbarkeit und Unzumutbarkeit	58
III.	Rechtsdogmatische Einordnung der Zumutbarkeit	59
IV.	Grundlage des Zumutbarkeitskriteriums	60
V.	Die Zumutbarkeit als Belastungsgrenze	60
VI.	Konkretisierung des Kriteriums der Zumutbarkeit in der wissenschaftlichen Diskussion	61

1. Objektiver Maßstab - Standpunkt eines Durchschnittsbetrachters	62
2. Subjektiver Maßstab - Ansicht der betroffenen Person	62
VII. Zumutbarkeit nach Auffassung der Rechtsprechung	64
VIII. Vorzugswürdigkeit einer objektiven Betrachtung unter Berücksichtigung subjektiver Kriterien	65
IX. Interessenabwägung bei der Bestimmung des Kriteriums der Zumutbarkeit	66
1. Zumutbarkeitskriterium als situationsabhängiges Korrektiv	67
2. Abwägung nach Auffassung der Rechtsprechung	69
X. Subjektbezogenheit als Gegenpol zur Abwägung	69
XI. Notwendigkeit eines Abwägungsmaßstabs	70
XII. Zumutbarkeit als subjektbezogener Begriff mit objektiver Bewertung	73
B. Vergleich mit anderen Rechtsgebieten zur Bestimmung von Abwägungskriterien für die Konkretisierung der Zumutbarkeit	74
I. Zivilrecht	74
II. Strafrecht	77
III. Öffentliches Recht	78
1. Bundesimmissionsschutzgesetz	78
2. Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz	80
a) Betriebswirtschaftlicher Blickwinkel	81
b) Volkswirtschaftlicher Blickwinkel	81
3. Denkmalschutzgesetz	82
4. Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser	86
IV. Heterogene Kriterien für eine Abwägung im Rahmen der Zumutbarkeit	87
C. Präzisierung des Kriteriums »wirtschaftlich« im Zusammenspiel mit der Verwendung des Kriteriums der Zumutbarkeit	89
I. Begriffsbestimmung	89
II. Wirtschaftliche Vertretbarkeit mit synonyme Bedeutung	91
1. Das Kriterium »wirtschaftlich vertretbar« in § 14 Bundesimmissionsschutzgesetz	92
2. Die »wirtschaftliche Vertretbarkeit« nach § 17 Bundesimmissionsschutzgesetz	93
III. Das Kriterium der Wirtschaftlichkeit in der Diskussion im Rahmen des § 17 Bundesimmissionsschutzgesetz	95
1. W. Hoppes Auffassung zum Begriff der Wirtschaftlichkeit	95
2. Standpunkt von H. Soell zur Ausgestaltung der Wirtschaftlichkeit	96

3. H.J. Koch zur Auslegung der Verhältnismäßigkeit nach § 17 Abs. 2 Bundesimmissionschutzgesetz	97
IV. Zusammenfassendes Ergebnis	99

Fünfter Teil: Die wirtschaftliche Zumutbarkeit im Energierecht am Beispiel des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 101

A. Begriff der wirtschaftlichen Unzumutbarkeit im Erneuerbare-Energien-Gesetz 2009	101
I. Systematik des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2009	103
II. Netzausbau im Erneuerbare-Energien-Gesetz	105
III. Ausnahme vom Kriterium der wirtschaftlichen Zumutbarkeit für Kleinanlagen?	105
B. Interpretatorischer Rahmen für die Präzisierung des Kriteriums wirtschaftliche Zumutbarkeit	106
I. Wortlautauslegung	107
II. Systematik	109
1. Das Kriterium der »Zumutbarkeit« im Erneuerbare-Energien-Gesetz	110
2. Der Begriff »wirtschaftlich« im Erneuerbare Energien Gesetz	111
3. Synonyme Begriffe für das Kriterium »wirtschaftlich«	112
4. Wirtschaftliche Zumutbarkeit im Erneuerbare-Energien-Gesetz	114
III. Normvorstellungen des (historischen) Gesetzgebers	114
1. Einspeisung von Strom aus Erneuerbaren Energien vor Einführung einer gesetzlichen Regelung	114
2. Gesetz über die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in das öffentliche Netz	115
3. Gesetz zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien	117
a) Gesetz zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien 2000	117
b) Gesetz zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien 2004	119
c) Gesetz zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien 2009	122
IV. Telos des Gesetzes	126
V. Fehlen einer einheitlichen Konkretisierung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit	127

C.	Konkretisierung des interpretatorischen Rahmens für die Ausgestaltung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit	128
I.	Die wirtschaftliche Zumutbarkeit als Ausprägung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	129
	1. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Öffentlichen Recht	130
	2. Präzisierung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	131
	3. Unterscheidung von Verhältnismäßigkeit und Zumutbarkeit	133
	a) Ansicht der Rechtsprechung zum Verhältnis von Zumutbarkeit und Verhältnismäßigkeit	134
	b) Ansicht der Literatur zum Verhältnis von Zumutbarkeit und Verhältnismäßigkeit	135
	(aa) Gleichsetzen von Zumutbarkeit und Verhältnismäßigkeit	136
	(bb) Zumutbarkeit und Verhältnismäßigkeit als unterschiedliche Kriterien mit Abwägungserfordernis	136
	4. Verweis auf die Verhältnismäßigkeit als Hinweis auf eine Einzelfallabwägung	138
II.	Kriterien zur Konkretisierung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit nach Auffassung der Gesetzesbegründung	142
	1. Minimierung der gesamtwirtschaftlichen Kosten	142
	2. Kriterien für das Vorliegen der wirtschaftlichen Zumutbarkeit	142
	a) Geringe Gesamtkosten als Kriterium	143
	b) Gesamtkosten aller (auch geplanter) Anlagenanschlüsse	146
	c) Umlagefähigkeit auf das Netzentgelt	147
	d) Gesamtstrommengenwert gegenüber den Kosten des Netzausbaus	150
	e) 25 Prozent Hürde	154
	f) Zusammenfassende Kriterien	156
III.	Rechtsprechung zur wirtschaftlichen Zumutbarkeit im Erneuerbare-Energien-Gesetz	158
IV.	Präzisierungsansätze in der wissenschaftlichen Diskussion	159
	1. Klimaschutz als Interessenschwerpunkt	160
	a) Gegenüberstellung von Klimaschutzinteressen zu den Kosten für die Stromspeisung von Erneuerbaren Energien	160
	b) Gegenüberstellung von Klimaschutzinteressen zur erzielbaren Vergütungssumme	162

2.	Einbeziehung von Netzausbaukosten sowie dem Nutzen der Allgemeinheit	163
3.	Einbeziehung der Kosten des Netzausbaus wie auch des Ertrags geplanter Anlagen	167
4.	Vergütungssumme im Gegensatz zur Summe von Netzanschluss-, Errichtungs-, und Netzausbaukosten	169
5.	Unzumutbarkeit bei unangemessen hohen Netznutzungskosten	170
6.	Interessen des Netzbetreibers	172
a)	Umlagemöglichkeit der Netzausbaukosten auf die Netzentgelte	172
b)	Versorgungssicherheit als Aufgabe des Netzbetreibers	174
7.	Interesse des Anlagenbetreibers gegenüber dem Interesse des Netzbetreibers	175
V.	Zwischenbilanz	175
D.	Gesamtwirtschaftliche/betriebswirtschaftliche Betrachtung	177
I.	Gesamtwirtschaftliche Ansatz	177
II.	Betriebswirtschaftlicher Ansatz	178
III.	Betriebswirtschaftlich-gesamtwirtschaftlicher Ansatz	179
IV.	Abwägungskriterien für die Konkretisierung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit	180
 Sechster Teil: Die wirtschaftliche Zumutbarkeit im Energierecht am Beispiel des Energiewirtschaftsgesetzes		 183
A.	Begriff der wirtschaftlichen Zumutbarkeit im Energiewirtschaftsgesetz	183
B.	Entscheidung anhand einer Präzisierung des Kriteriums »wirtschaftliche Zumutbarkeit«	184
I.	Wortlautauslegung	185
II.	Systematik	185
1.	Verweigerung des Netzanschluss bei Unzumutbarkeit gemäß §§ 17, 18 EnWG	186
2.	Netzzugangsregelung gemäß § 20 EnWG 2005	189
3.	Grundversorgungspflicht gemäß § 36 EnWG 2005	190
4.	Zusammenfassung	190
III.	Normvorstellung des (historischen) Gesetzgebers	192
1.	Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft von 1935	192

2. Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung von 1998	193
a) Ausbauverpflichtung nach § 4 EnWG 1998	195
b) Anhaltspunkte aus § 6 EnWG 1998	196
(aa) Netzausbauverpflichtung nach § 6 EnWG 1998	196
(bb) Unzumutbarkeit aus betriebsbedingten oder sonstigen Gründen, § 6 EnWG 1998	198
c) Anhaltspunkte aus § 10 EnWG 1998	199
(bb) Unzumutbarkeit aus wirtschaftlichen Gründen gemäß § 10 EnWG 1998	200
3. Zwischenergebnis	202
4. Zweites Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts vom 07. 07. 2005	203
a) Ausbauverpflichtung nach § 11 EnWG 2005	204
b) Entstehungsgeschichte der wirtschaftlichen Zumutbarkeit in § 11 EnWG 2005	205
c) Zweck des § 11 Abs. 1 Satz 1 EnWG 2005	206
5. Novelle des EnWG 2008	207
IV. Telos des Gesetzes	208
1. Versorgungssicherheit nach § 11 Abs. 1 Satz 1 EnWG	208
2. Verhältnis der Ziele des § 1 EnWG zu § 11 EnWG	209
3. Einzelne Ziele des § 1 EnWG	210
V. Interessenabwägung bei der Konkretisierung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit im Energiewirtschaftsgesetz	212
C. Konkretisierung des Kriteriums der wirtschaftlichen Zumutbarkeit im Energiewirtschaftsgesetz	214
I. Europarechtliche Vorgaben im Hinblick auf die Netzausbauverpflichtung	215
II. Übertragung der Kriterien der Gesetzesbegründung zum Erneuerbare-Energien-Gesetz	216
III. Erheblichkeit als vergleichbareres Instrument	217
IV. Kosten des Netzausbaus gegenüber der Stromkostensteigerung	218
VI. Unternehmensindividueller Maßstab	219
1. Netzausbaukostentragung durch Dritte	219
2. Kostenumlage auf Netzentgelte	220
3. Renditeerwartung des Netzbetreibers	221
4. Existenzbedrohende Nachteile auf Netzbetreiberseite	224
5. Baukostenzuschuss	226
VII. Zusammenfassendes Ergebnis	227

Siebter Teil:	Auswirkungen der Anreizregulierungsverordnung auf die Umlagefähigkeit der Netzentgelte	229
A.	Einführung der Anreizregulierung im Jahr 2009	231
I.	Auswirkungen der Anreizregulierung auf Übertragungsnetzbetreiber	233
II.	Auswirkungen der Anreizregulierung auf Verteilernetzbetreiber	236
B.	Veränderungen für das Energierecht durch die Anreizregulierungsverordnung	239
I.	Änderung der Umlagefähigkeit für das Erneuerbare-Energien-Gesetz durch die Anreizregulierungsverordnung	244
II.	Änderungen der Umlagefähigkeit für das Energiewirtschaftsgesetz durch die Anreizregulierungsverordnung	245
Achter Teil:	Unterschiede bei der Konkretisierung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit im Energiewirtschaftsgesetz und im Erneuerbare-Energien-Gesetz	246
A.	Darstellung der Vorrangregelungen hinsichtlich des Energiewirtschaftsgesetz und des Erneuerbare-Energien-Gesetzes	246
B.	Vergleich von wirtschaftlicher Zumutbarkeitsbestimmung im Energiewirtschaftsgesetz und im Erneuerbare-Energien-Gesetz	247
Neunter Teil:	Definitionsmöglichkeiten der wirtschaftlichen Zumutbarkeit im Energierecht	251
A.	Vorschläge einer Definition der wirtschaftlichen Zumutbarkeit	251
I.	Notwendigkeit einer Definition	251
II.	Wandel des Energierechts als Definitionshindernis	252
B.	Formulierungsvorschläge für eine Neugestaltung des Kriteriums der wirtschaftlichen Zumutbarkeit	253
I.	Wirtschaftliche Zumutbarkeit im Erneuerbare Energien Gesetz	253

1.	Mögliche Kriterien für eine Präzisierung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit	253
a)	Konkretisierende Kriterien auf Netzbetreiberseite	253
b)	Konkretisierende Kriterien auf Seiten des Anlagenbetreibers und der Allgemeinheit	255
2.	Bestimmung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit im Erneuerbare-Energien-Gesetz anhand bereits erarbeiteter Kriterien	256
3.	Bestimmung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit als Behördenentscheidung	263
II.	Wirtschaftliche Zumutbarkeit im Energiewirtschaftsgesetz	264
1.	Mögliche Kriterien für eine Präzisierung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit	264
a)	Konkretisierende Kriterien auf Netzbetreiberseite	264
b)	Konkretisierende Kriterien auf Seiten der Allgemeinheit	267
2.	Bestimmung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit im Energiewirtschaftsgesetz anhand bereits erarbeiteter Kriterien	267
III.	Übertragbarkeit der Definition des Energiewirtschaftsgesetzes auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz	270
Zehnter Teil: Zusammenfassender Ertrag in Thesen		273
Literaturverzeichnis		283

In dieser Arbeit werden die üblichen, nach dem Duden gültigen, Abkürzungen verwendet.